

Zahl der Aktionäre und Fondsbesitzer nahezu konstant

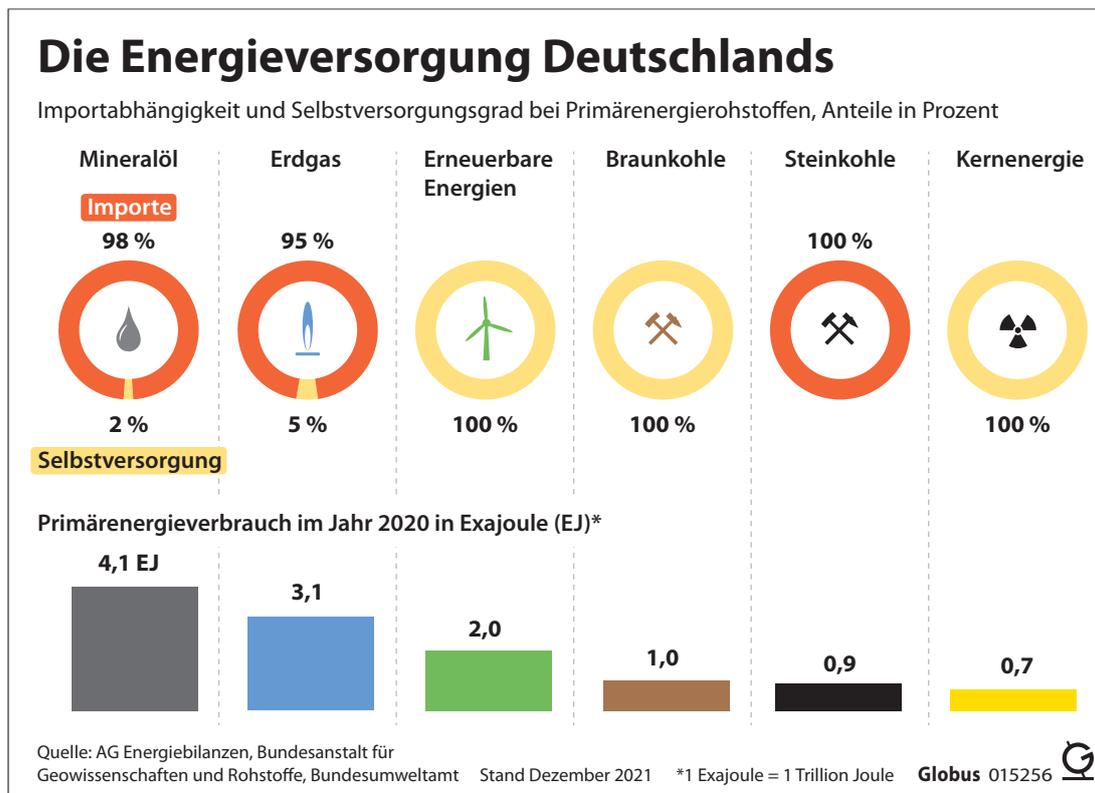
In Deutschland gab es 2021 rund 12,1 Millionen Aktien- und Aktienfondsbesitzer. Nach Angaben des Deutschen Aktieninstituts (DAI) waren das 17,1 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren. Das ist der dritthöchste Stand seit Beginn der Datenerhebung und entspricht in etwa dem Vorjahresniveau. Nachdem es im Corona-Jahr 2020 einen deutlichen Anstieg der Aktiensparerinnen und -sparer gegeben hatte, stabilisierte sich das Interesse ein Jahr später. Das Deutsche Aktieninstitut erklärt das stabile Vertrauen in Aktien zum einen mit der guten Börsenentwicklung – Aktienbesitzer konnten so weiter positive Börsenerfahrungen sammeln. Zum anderen blieben alternative Anlagen durch niedrige Zinsen, steigende Inflation sowie hohe Immobilienpreise unattraktiv. Von den Aktien- und Aktienfondsbesitzern hielten im vergangenen Jahr 3,1 Millionen nur Aktien, rund sieben Millionen setzten auf Aktienfonds und/oder aktienbasierte ETFs. Rund 2,0 Millionen hatten sowohl Aktien als auch Aktienfonds und/oder ETFs in ihren Depots. Das größte Aktieninteresse zeigen nach Angaben des DAI immer noch die Menschen zwischen 50 und 59 Jahren: 21,6 Prozent von ihnen sparen mit Aktien oder Fonds/ETFs.

Quelle: Deutsches Aktieninstitut (<http://dpaq.de/wJblj>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Anfang 2023

Siehe auch Grafik: 015216 Wie das Einkommen verteilt ist, 015169 Konsumieren und Sparen, 015148 Der Euro-Kurs

Grafik: Sven Stein; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Sophie Lauterbach



Hohe Importabhängigkeit bei Öl und Gas

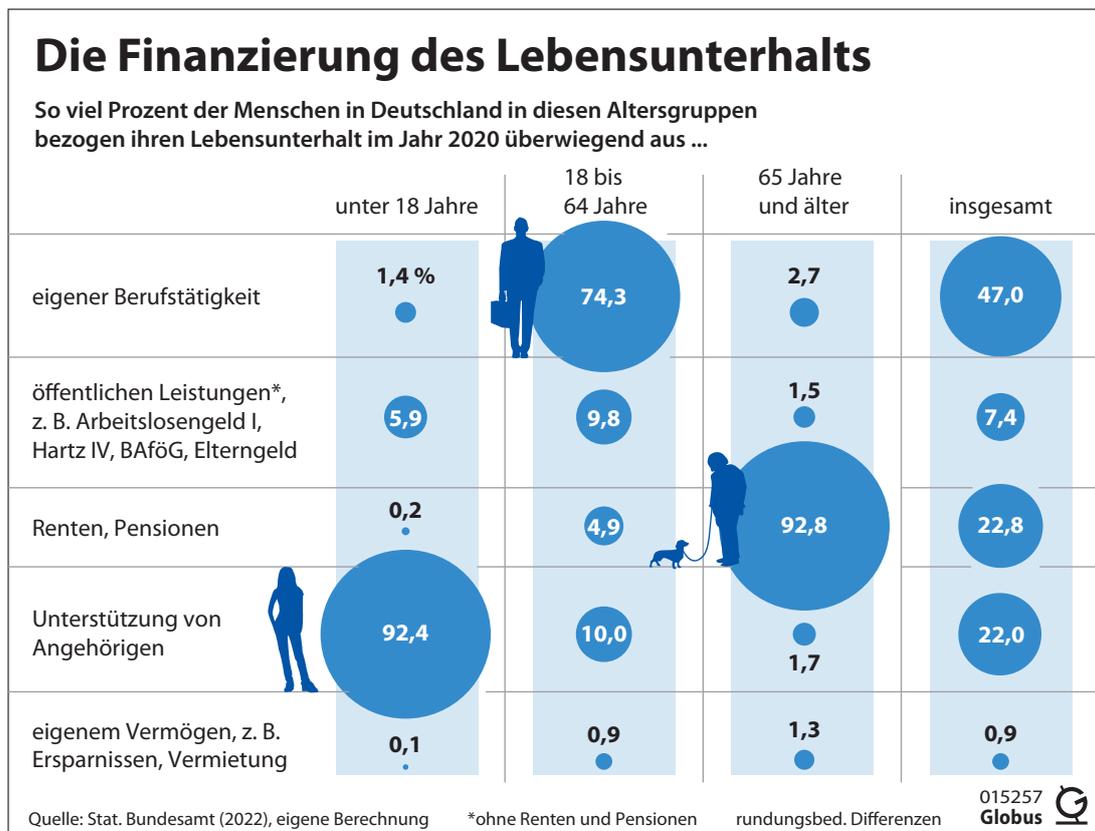
Deutschland ist zur Deckung des Energiebedarfs auf Importe angewiesen. Im Jahr 2020 wurden 71,5 Prozent der für den Verbrauch benötigten Energierohstoffe aus dem Ausland eingeführt. Der Selbstversorgungsgrad lag bei 28,5 Prozent. Das geht aus den Zahlen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hervor. Besonders hoch ist der Anteil der Importe bei den Rohstoffen Mineralöl und Erdgas, die mit fast zwei Drittel im Jahr 2020 den größten Anteil am deutschen Energieverbrauch ausmachten. 98 Prozent des Mineralölverbrauchs wurden 2020 durch Importe gedeckt, beim Erdgas lag der Anteil bei 95 Prozent. Da die Gewinnung von Steinkohle 2018 in Deutschland eingestellt wurde, beträgt die Importabhängigkeit Deutschlands bei der Steinkohle 100 Prozent. Wegen des Krieges in der Ukraine ist die Importabhängigkeit Deutschlands bei Energierohstoffen in die Diskussion geraten, denn ein Großteil der deutschen Öl- und Gasimporte stammt aus Russland. Um zukünftig unabhängiger zu werden, plant Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien. Zudem hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den schnellen Bau von zwei Terminals für Flüssiggas (LNG) angekündigt.

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (<http://dpaq.de/ENR5L>, <http://dpaq.de/SL60Z>), Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (<http://dpaq.de/31k1p>), Bundesumweltamt (<http://dpaq.de/k7eaw>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: März 2023

Siehe auch Grafik: 015226 Ölmarkt weltweit, 015227 Gasmarkt weltweit, 014945 Deutschlands Öllieferanten

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte



Von den Einkünften der Eltern bis zur Rente

Je nach Alter beziehen die Menschen in Deutschland ihren Lebensunterhalt aus unterschiedlichen Quellen. Bei den Minderjährigen sind es überwiegend die Einkünfte der Eltern, bei den Älteren ab 65 Jahre sind es die Renten und Pensionen und bei den 18- bis 64-Jährigen vor allem die Einkünfte aus der eigenen Berufstätigkeit. Wie aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamts hervorgeht, konnten im Jahr 2020 47 Prozent aller Bundesbürger von ihrer eigenen Erwerbstätigkeit leben. In der Gruppe der 18- bis 64-Jährigen waren es 74,3 Prozent. Der Anteil derer, die ausschließlich von ihrem Vermögen lebten, lag in Deutschland insgesamt bei unter einem Prozent. Mit 1,3 Prozent war er bei den über 64-Jährigen noch am höchsten.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/qQ0i0>)

Datenerhebung: Stand Ende Januar 2022

Siehe auch Grafik: 014176 Die Arbeitsplatz-Bilanz, 014984 Verdienste in Deutschland, 015126 Hartz-IV-Regel-sätze

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Dr. Bettina Jütte



Deutschland hat das zweithöchste Medianalter

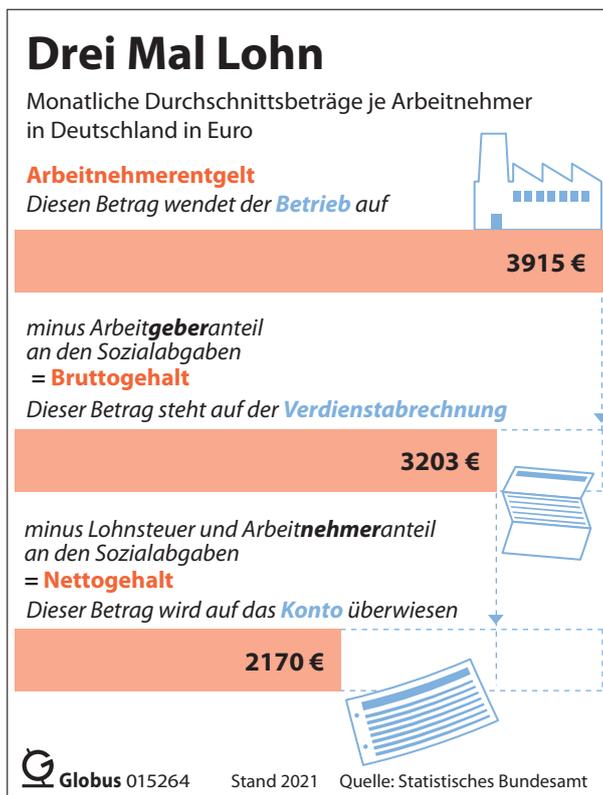
Sortiert man die Bevölkerung nach dem Alter und teilt sie genau in der Mitte, ergibt sich das sogenannte Medianalter. Für die Europäische Union lag das Medianalter im Jahr 2021 bei 44,1 Jahren. Das heißt, eine Hälfte der Bevölkerung war jünger und die andere Hälfte älter als 44,1 Jahre. Im Vergleich der EU-Staaten hatte Zypern im Jahr 2021 die jüngste Bevölkerung mit einem Mittelwert von 38,0 Jahren. Die älteste Bevölkerung hatte dagegen Italien (47,6 Jahre), dicht gefolgt von Deutschland (45,9) und Portugal (45,8). Während der vergangenen 20 Jahre stieg das Medianalter in allen EU-Ländern deutlich an. Den größten Anstieg gab es in Rumänien, wo das Medianalter seit 2001 um fast neun Jahre gestiegen ist. In Italien und Deutschland stieg das Medianalter im selben Zeitraum ebenfalls deutlich an (um 7,2 bzw. 5,7 Jahre).

Quelle: Eurostat (<http://dpaq.de/0VJ59>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2023

Siehe auch Grafik: 015178 Junges Afrika, altes Europa, 015039 Senioren in Deutschland, 015031 Lebenserwartung in den Bundesländern, 015003 Immer älter, 014868 Pflegebedürftige, 014820 Die Hundertjährigen

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Sophie Lauterbach



Verschiedene Perspektiven

Wenn Geschäftsführende und Mitarbeitende über Lohn und Gehalt reden, diskutieren sie oft aneinander vorbei. Der Arbeitgeber stöhnt über die hohen Lohnkosten, der Arbeitnehmer beklagt sein niedriges Nettoeinkommen. In der Tat: Vom Aufwand für Arbeit, wie ihn das Unternehmen in seiner Kostenrechnung kalkuliert, landet nur gut die Hälfte (55 Prozent) auf dem Konto des Arbeitnehmers. Durchschnittlich 3915 Euro im Monat mussten die Arbeitgeber im Jahr 2021 für jeden abhängig Beschäftigten kalkulieren. Davon sind nur 3203 Euro brutto auf der monatlichen Lohn- und Gehaltsabrechnung ausgewiesen. Unsichtbar für den Arbeitnehmer bleiben jene 712 Euro, die der Betrieb als Arbeitgeberbeiträge an die Sozialkassen abführt. Nach Abzug der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbeiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung bleiben dem Beschäftigten 2170 Euro netto im Monat. Fazit: Der Betrieb wendet 3915 Euro auf, der Beschäftigte erhält 2170 Euro. Den Unterschied zwischen Lohnkosten und Nettolohn – in diesem Beispiel 1745 Euro – kassieren der Staat und die Sozialversicherung. – Die Berechnungen in dieser Grafik orientierten sich an einem vereinfachten Modell. So können beispielsweise Zahlungen des Arbeitnehmers in eine private Altersvorsorge den Nettoverdienst zusätzlich verringern.

Quelle: Statistisches Bundesamt (<http://dpaq.de/kvCHi>)

Datenerhebung: jährlich, voraussichtlich nächste Daten: Frühjahr 2023

Siehe auch Grafik: 015216 Wie das Einkommen verteilt ist, 015062 Der Einkommensteuer-Tarif, 015184 Die soziale Höchstlast, 015001 Zusätzlich zum Lohn, 014921 Grundpfeiler der sozialen Sicherheit

Grafik: Karen Losacker; **Redaktion:** Wolfgang Fink, Sophie Lauterbach